



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

Pressemitteilung

Sarah Ryglewski kandidiert auch 2017 für den Deutschen Bundestag

Sarah Ryglewski ist Mitglied des Finanzausschusses und hat dort, nachdem sie im Sommer für den Bremer Bürgermeister Carsten Sieling in den Bundestag nachgerückt war, im letzten Jahr unter anderem das Girokonto für alle mit auf den Weg gebracht, für das sie sich schon in ihrer Zeit als Bürgerschaftsabgeordnete in Bremen von 2011 bis 2015 stark gemacht hat. Als wesentliche Themen, die sie im Bundestag vertreten will, nennt Sarah Ryglewski die Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit Bremens über eine nachhaltige Finanzpolitik im Bund und eine solidarische Reform des Finanzausgleichs, mehr Einsatz für gelingende Integration und sozialen Zusammenhalt, ein nachhaltiges Rentenkonzept, sowie weitere Verbesserungen im finanziellen Verbraucherschutz. Die amtierende Bundestagsabgeordnete freut sich über das einstimmige Votum ihres Ortsvereins Neustadt vom 30. August 2016, der sie als Direktkandidatin nominiert hat und möchte Bremen auch weiterhin im Bundestag vertreten:

„Wenn ich in unserer Stadt, z.B. bei meinen Stadtteiltagen unterwegs bin wird immer wieder spürbar, dass die Sicherung des sozialen Zusammenhalts die entscheidende Zukunftsfrage ist. Deshalb will ich mich auch weiterhin dafür einsetzen, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen zu stärken, damit sie diese Zukunftsaufgabe auch lösen können. Der Bund darf die Kommunen mit den größten Herausforderungen nicht alleine lassen und muss sich hier stärker engagieren. Wichtigste Voraussetzung dafür ist ein schneller Durchbruch bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen, eine Abkehr vom Dogma der schwarzen Null und vor allem Investitionen in Bildung, Sprachkitas, Schulsozialarbeit, eine zügige Integration Geflüchteter, Initiativen gegen Langzeitarbeitslosigkeit und Infrastruktur.

Bremen ist eine lebenswerte Stadt. Aber leider geht bei uns die Schere zwischen Arm und Reich weit auseinander. Unser Reichtum sind die vielen engagierten Akteure und Einrichtungen in den Quartieren, die sich für sozialen Zusammenhalt und lebendige Nachbarschaften einsetzen. Ich sehe unsere Aufgabe als Politik darin, solche Projekte mit städtebaulichen Investitionen in Infrastruktur und Wohnqualität zu stabilisieren und aufzuwerten sowie Engagement langfristig abzusichern. Zudem muss ausreichend Wohnraum für alle geschaffen werden.

Zum sozialen Zusammenhalt gehört auch Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, unter anderem durch die Stärkung von Arbeitnehmerrechten sowie die Zurückdrängung von prekärer Beschäftigung und Niedriglöhnen. Die SPD hat gemeinsam mit den Gewerkschaften den Mindestlohn durchgesetzt und Regeln gegen Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen beschlossen. Allerdings ist das jetzt vorliegende Gesetz ein Kompromiss mit der Union, der bei weitem nicht alle Probleme löst. Die Frage, wie prekäre Beschäftigung weiter zurückgedrängt werden kann, wird uns auch in der nächsten Legislaturperiode weiter beschäftigen. Hier ist es mir besonders wichtig, auch die Arbeits- und Lebenswirklichkeit junger Menschen stärker in den Blick zunehmen. Diese sind überdurchschnittlich häufig von befristeten Arbeitsverhältnissen betroffen, mit weitreichenden Folgen für ihre Lebens- und Familienplanung. Weitere wichtige arbeitsmarktpolitische Themen, für die ich mich im nächsten



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

deutschen Bundestag engagieren möchte, sind die längst überfällige Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen sowie damit einhergehend die bessere Vorsorge gegen wachsende Altersarmut und ein nachhaltiges Rentenkonzept. Daneben dürfen wir auch die Menschen nicht aus den Augen verlieren, die trotz guter Konjunktur mittelfristig keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Diese Menschen werden derzeit in einem, nicht nur für sie, immer undurchschaubareren System von Maßnahmen und kurzfristigen Arbeitsgelegenheiten „geparkt“ - obwohl sie in vielen sozialen Projekten wichtige Aufgaben erfüllen. Eine längerfristige Perspektive aber erhalten sie nicht. Ich werde mich deshalb für einen öffentlich geförderten zweiten Arbeitsmarkt einsetzen. Mit dem sogenannten Aktiv-Passiv-Transfer haben wir ein in vielen Pilotprojekten erprobtes Instrument, das seit Jahren von der CDU/CSU blockiert wird. Wir wollen die Aktivierung von Sozialleistungen wie ALG 2 ermöglichen und so Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren sowie Teilhabe durch Arbeit ermöglichen.

Als Wirtschaftsstandort kann Bremen durchaus selbstbewusst sein und muss sich nicht verstecken: Unsere Tradition als Hafen- und Handelsstadt wird schon lange von großer Kompetenz in der Luft- und Raumfahrtindustrie und der Automobilwirtschaft ergänzt, die Bremen zu einem der größten Industriestandorte Deutschlands gemacht haben.. Auf meiner Sommertour habe ich viele bremische Betriebe und Unternehmen besucht, und auch Unternehmern der aussichtsreichen Gründerszene mit innovativen Start-Ups näher kennengelernt. Bei der weiteren Förderung von innovativen Ideen und den sich daraus entwickelnden Geschäftsmodellen sowie der engeren Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft, für die wir in Bremen beste Voraussetzungen haben, will ich mich für eine stärkere Unterstützung durch den Bund einsetzen.

Als zuständige Berichterstatterin zum Thema finanzieller Verbraucherschutz setze ich mich für den Schutz von Bürgerinnen und Bürgern vor unseriösen Anlageprodukten und dafür ein, dass die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher im Mittelpunkt stehen. Hier will ich an weiteren Verbesserungen mitwirken, zum Beispiel durch die Einführung einer Deckelung von Dispozinsen.

Ich freue mich über das einstimmige Votums meines Ortsvereins und werbe nun um das Vertrauen und die Unterstützung der Delegierten der Wahlkreis-Konferenz der Bremer SPD.“